

Was bedeutet für Sie und Ihre Partei Inklusion?

Inklusion ist ein praktisches Grundprinzip unserer Partei. Vor Allem der Kampf für eine inklusive Gesellschaft, in der jeder Mensch akzeptiert wird und sich nach seinen Fähigkeiten und seinen Bedürfnissen frei entfalten kann. Und das im Sinne gleichberechtigter und selbstbestimmter Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben – unabhängig von Geschlecht, Sexualität, Alter oder Herkunft (auch sozialer), von Religionszugehörigkeit oder Bildung, von eventuellen Behinderungen oder sonstigen individuellen Merkmalen.

Uns ist bewusst, das eine wirklich inklusive Gesellschaft erst einmal ein Ideal ist, von dem wir im realen Leben noch weit entfernt sind. Ungleiche materielle Lebensbedingungen, alltägliche bewusste und unbewusste Diskriminierungen bestimmen den Alltag vieler Menschen. Die Überwindung von vielerlei Barrieren sollte in der gesellschaftlichen Verantwortung aller Menschen liegen.

Die Behindertenbewegung hat sich in dieser Hinsicht ein sehr gutes Werkzeug erkämpft. Die UN-Behindertenrechtskonvention, die zum ersten Mal klargemacht hat, das die Inklusion beeinträchtigter Menschen ein Menschenrecht ist, das weltweit umzusetzen ist.

Beschäftigt sich Ihre Partei im aktuellen Kommunalwahlprogramm mit dem Thema Inklusion? Wenn ja, wie wichtig ist Ihnen Inklusion?

Wir stehen dazu bereit, gemeinsam mit den Betroffenen für die Umsetzung der in der UN-BRK vereinbarten Ziele zu kämpfen. Mittlerweile gibt es zur in Deutschland Gesetze (das Bundesteilhabegesetz und die Teilhabegesetze der Länder), die in die richtige Richtung weisen, aber leider an vielen Punkten unzureichend sind.

So stehen viele Umsetzungsziele unter Haushaltsvorbehalten, die es schwierig machen auf die Umsetzung der Bestimmungen der UN-BRK zu insistieren. Das merken wir auch sehr stark in den Kommunen.

In Kaiserslautern gibt es mittlerweile gute Aktionspläne, einen Beauftragten für die Rechte der Menschen mit Behinderung und einen Inklusionsbeirat, der/die jeweils sehr gute Arbeit leisten, aber leider viel zu langsam voran kommen.

Wir haben in der vergangenen Legislatur versucht diese Arbeit, soweit es uns als kleiner Fraktion möglich war zu unterstützen und hatten durch unseren Fraktionsmitarbeiter Carsten Ondreka, der auch gewählter Betroffenenvertreter im Inklusionsbeirat ist, einen guten Mittler und Netzwerker, mit dem es möglich war einige wertvolle Beschlüsse für den Stadtrat auf den Weg zu bringen und auch durchzusetzen.

Aber auch diese Arbeit stösst an Grenzen. Einerseits muss auf der politischen, sowie auf der Verwaltungsebene noch einiges an Sensibilisierungsarbeit getan werden. Auch die Partizipation beeinträchtigter Menschen an den Entscheidungen der Politik und Verwaltung muss intensiviert werden. Andererseits kommt vieles nicht voran, weil die Finanzausstattung unzureichend ist, um die hochgesteckten Ziele zu erreichen. Leider leidet auch die Akzeptanz für die Umsetzung von Inklusion unter diesen Bedingungen.

So könnte, gerade auch in der Kinderbetreuung und der Bildung die Inklusion schon um längen weiter fortgeschritten sein.

Nur durch eine bessere Finanzausstattung der Kommunen wäre es im Bereich des Möglichen, dass KiTas und Schulen die materiellen Grundlagen erhalten ihre Einrichtungen barrierefrei zu gestalten und personell so auszugestalten, damit diese für alle zugänglich werden und Eltern sich überhaupt getrauen ihre beeinträchtigten Kinder in KiTas und Schulen anzumelden, ohne Angst haben zu müssen, dass diese dort untergehen.

Es hakt ebenfalls bei der Zugänglichkeit städtischer öffentlicher Einrichtungen bzw. Dienstleistungen und das off- und online.

Auch müsste die Transparenz der Rechte und Möglichkeiten von beeinträchtigten Menschen materielle und personelle Unterstützung zu erhalten verbessert werden. Viele Behinderte wissen zu wenig darüber welche Rechte sie haben und welche Mittel und Möglichkeiten ihnen zustehen.

Es reicht daher nicht kommunal wohlfeile Forderungen aufzustellen. Es muss auch aus den Kommunen heraus Druck aufgebaut werden, damit die Landes- und Bundesregierungen, die Kommunen in die Lage versetzen, Inklusion wirklich vorantreiben zu können.

....und haben Sie konkrete Vorhaben oder Maßnahmen in diesem Themenbereich?

Als konkrete Vorhaben sind als erstes die Beobachtung und das insistieren auf die Umsetzung der durch uns eingebrachten und durch den Stadtrat verabschiedeten Beschlüsse zu nennen. Die zwei Jahre, die es vom Beschluss zur Schaffung einer barrierefreien Toilette im Rathaushauptgebäude bis zur Umsetzung gebraucht hat, beschreibt die Langwierigkeit bestimmter Prozesse. Ein weiterer, uns wichtiger Beschluss harrt immer noch auf eine Realisierung. Es geht darum überhaupt erst einmal zu prüfen, wie es um die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude in städtischer Verantwortung bestellt ist. Dies ist dringend notwendig um überhaupt den Umbaubedarf zu erfassen und Beschlüsse fassen zu können, die Barrierefreiheit herstellen.

Auch in den KiTas und Schulen muss mehr getan werden. Es ist nicht ausreichend Gesetze für inklusive Bildung und Betreuung zu beschliessen. Die Umsetzung muss durch Finanzhilfen von Bund und dem Land gewährleistet werden. Ohne Druck von seiten der Kommunalpolitik auf die Verantwortlichen wird nicht viel passieren.

Wir sind auf das Ergebnis der Fortschreibung des Aktionsplans Inklusion sehr gespannt und werden gerne unseren Teil dazu beitragen, die im Plan konkretisierten Maßnahmenvorschläge politisch umzusetzen.

Wir werden uns darüber hinaus für mehr Partizipation von beeinträchtigten Menschen bei der Planung und Entscheidungsfindung von Vorhaben einsetzen, die ihre Belange betreffen.

Mit dem Motto "Viel vor für Inklusion! Selbstbestimmt leben - ohne Barrieren" wollen wir als Arbeitsgruppe die Bevölkerung beim diesjährigen Protesttag am 04. Mai sensibilisieren.

Welche Anliegen, Anregungen oder Fragen haben Sie hierzu?

Der Gedanke der Inklusion und (wie oben formuliert) das Ideal einer inklusiven Gesellschaft muss in den Köpfen der Menschen verankert werden. Es geht um Menschenrechte und um ein gutes selbstbestimmtes Leben für alle.

Daher ist es wichtig das Gemeinsame zu benennen und in den Vordergrund zu stellen. Ein möglichst barrierefreie Stadt hilft allen.

Es muss darüber hinaus benannt und verbreitet werden, welche Rechte, Mittel und Möglichkeiten beeinträchtigte Menschen jetzt schon haben. Was ihnen zusteht und ihnen nicht vorbehalten werden darf.

Auch die Neuwahl des Inklusionsbeirats sollte so weit wie möglich in die Stadtgesellschaft hineingetragen werden. Dieser ist ein wichtig gewordenes Organ zur Partizipation und Teilhabe. Wir unterstützen da, wo wir können.

Und zuletzt:

Bei aller Ernsthaftigkeit des Themas, der oft aufsteigenden Wut und Enttäuschung darüber, das alles so langsam geht: Nie den Spaß verlieren. Wir haben eine Welt zu gewinnen.

Zum Abschluss unseren Wahlkampfeslogan für diese Wahl:

„Die beste Möglichkeit, die Demokratie zu verteidigen, besteht darin, für gleiche Rechte für alle zu kämpfen.“